Bienert, Manfred

Verbesserung der Dienstleistungen und Möglichkeiten zur Unterstützung der Vollbeschäftigungspolitik am Beispiel des Polizeidienstes

in WSI-Mitteilungen 6/1988, Seiten 372–377

Dem anhaltenden Anstieg der Kriminalität und der Verkehrsunfallzahlen ist durch personelle Verstärkung der Polizei zu begegnen. Es bedarf der polizeilichen Präsenz, um Einbruch und Diebstahl zu bekämpfen und verkehrsregelnde und -lenkende Maßnahmen durchzuführen. Auch vorsorgender Umweltschutz verlangt zusätzliche Polizeikräfte. Durch das Demonstrationsgeschehen und Einsätze bei Großveranstaltungen ist die Polizei personell erheblich belastet, wie die hohe Zahl der Überstunden zeigt. Bisherige Arbeitszeitverkürzungen haben wegen nicht ausreichender Personalverstärkung zu Leistungsverdichtung geführt und somit die Belastung besonders im gesundheitszehrenden Wechselschichtdienst weiter erhöht. Eingesparte Angestellten- und Arbeiterstellen bedeuten Abwälzung der Arbeit auf Polizeibeamte. Die Verbesserung der polizeilichen Dienstleistungen und die Humanisierung der Arbeit durch weitere Arbeitszeitverkürzungen, Abbau der Überstunden und Einführung einer 5. Dienstschicht erfordern mindestens 50 000 Polizeistellen mehr – ein Beitrag des Polizeidienstes zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

Vesper, Dieter

Tendenzen der Beschäftigungsentwicklung im staatlichen Sektor

in WSI-Mitteilungen 6/1988, Seiten 320–329

Die Finanzierungsprobleme der öffentlichen Haushalte werden sich mit Inkrafttreten der Steuerreform 1990 noch verschärfen. Deshalb wird auch das „Nettovolumen" der Steuerreform zur Disposition stehen, indem die Ausgabenentwicklung der verringerten Einnahmenbasis angepaßt wird. Die Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die öffentlichen Haushalte auf Steuerausfälle vor allem mit einer Kürzung ihrer Investitionsausgaben und einer restriktiven Einstellungspolitik reagieren. Dessen ungeachtet führen bedarfsorientierte Überlegungen zu dem Ergebnis, daß in den nächsten Jahren nur noch in begrenztem Umfang arbeitsmarktentlastende Wirkungen von den öffentlichen Institutionen ausgehen werden; günstiger wären die Perspektiven, wenn die Bedarfsnormen heraufgesetzt würden und/oder die Arbeitszeit verkürzt würde. Eine größere Bedeutung wird den Ersatzeinstellungen zukommen.

Kühl, Jürgen

Bevölkerungsentwicklungen und öffentlicher Dienstleistungsbedarf

in WSI-Mitteilungen 6/1988, Seiten 330–337

Ausgehend von einer kritischen Betrachtung der vorliegenden Vorausschätzungen und Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung wird die Ansicht, angeblich abnehmende Bevölkerungszahlen ließen auch einen Abbau öffentlicher Dienstleistungen zu, bestritten. Wenn sich die Bevölkerungs- und Wanderungspolitik auf eine Stabilisierung der langfristigen Bevölkerung leicht unter 60 Mill. einstellte, sind die vorhandenen Dienste zu erhalten und umzubauen. Auch ohne diesen Ausgleich benötigt eine alternde Bevölkerung mehr und bessere Dienste. Szenarisch werden dabei denkbare neue Dienste, auch für die jüngeren und mittleren Altersgruppen in Stadt und Land, zur Diskussion gestellt.

Putzhammer, Heinz

Personalbedarf im Bildungswesen – eine politische Größe

in WSI-Mitteilungen 6/1988, Seiten 365–372

Die Zahl der Einstellungen junger Lehrerinnen und Lehrer in den Schuldienst muß sofort drastisch erhöht werden, wenn eine durchgreifende Verschlechterung der Lehrerversorgung der Schulen in den 90er Jahren und darüber hinaus verhindert werden soll. Dazu ist es nötig, auch über den jetzt von den Kultusministerien angegebenen Lehrerbedarf hinaus einzustellen. Je nachdem, welche schulischen Bedingungen für nötig gehalten werden, sind ab sofort jährlich zwischen 10 und 15 000 junge Lehrerinnen und Lehrer auf volle Stellen und unbefristet einzustellen.

Lehrerbedarf ist eine politische Größe, deshalb ist die Auseinandersetzung über Personalhaushalte im Bereich des Bildungswesens politisch zu führen. Gegenüber einer Sparpolitik, die eine generelle Verringerung der Aufgaben des Staates im Auge hat, ist gewerkschaftlich eine Offensive zugunsten besserer und ausgeweiteter öffentlicher Dienstleistungen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes zu entwickeln.

Brum, Horst/Huter, Otto

Kommunale Umweltpolitik – Dienstleistungen und Investitionen für den Ausbau der ökologischen Infrastruktur –

in WSI-Mitteilungen 6/1988, Seiten 344–350

Der Ausbau der ökologischen Infrastruktur zur Wiederherstellung und Sicherung unserer natürlichen Umwelt ist eine vorrangige Aufgabe staatlichen Handelns. Insbesondere die Kommunen als wesentliche staatliche Durchführungsinstanz müssen den umweltpolitischen Anforderungen verstärkt Rechnung tragen. Notwendig ist ein Ausbau der personellen Dienstleistungen sowie die verstärkte ökologische Orientierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen. Zusätzliches Personal wird benötigt, um die Defizite im Vollzug staatlicher Auflagen zu beseitigen, eine flächendeckende und systematische Erfassung des Umweltzustandes zu ermöglichen, umweltgerechte Stadtentwicklungskonzepte voranzutreiben und mit einer Ausweitung der Informations- und Beratungsdienste umweltgerechtes Verhalten zu fördern.

Peretzki-Leid, Ulrike

Aufgabenbewältigung in den Bereichen Gesundheitswesen und soziale Dienste – jetzt und in Zukunft

in WSI-Mitteilungen 6/1988, Seiten 337–343

Der Beitrag befaßt sich schwerpunktmäßig mit den wesentlichen beschäftigungswirksamen Faktoren im Gesundheitswesen und in der Altenpflege und fragt, welche Veränderungen notwendig sind, um sowohl die Situation der betreuten Personen als auch des Pflegepersonals zu verbessern. Zwar läßt sich der Bedarf an Arbeitsplätzen in diesen Dienstleistungszweigen wegen Mangels an Unterlagen und rechnerischen Größen nur schwer exakt bestimmen. Aber es wird ausführlich nachgewiesen, daß dieser Sektor in der Lage ist, mit den verlangten Verbesserungen auch einen wichtigen Beitrag zur Lösung der bestehenden und zukünftigen Arbeitsmarktprobleme zu leisten. Denn infolge des anwachsenden Bedarfs an gesundheitlichen und sozialen Leistungen haben die zuzuordnenden Berufsbilder sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Sicht eine Zukunft. Sie sind auf einem relativ hohen Qualifikationsniveau angesiedelt, und ihre Tätigkeitsfelder eröffnen vor allem Frauen sichere Arbeitsplätze mit Aufstiegschancen.

Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes

WSI Mitteilungen

7/1988 Juli 41. Jahrgang

Investitionen bleiben weiterhin hinter Profiten zurück

– Zur Entwicklung der Einkommensverteilung im Jahr 1987 –

Von Rudolf Welzmüller*) **)

1. Zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Verteilung

1.1 Bundesrepublikanische Wirtschaft lebt unter ihren Verhältnissen

Seit Anfang der 80er Jahre hat sich die Gewinnsituation „tiefgreifend gewandelt"[1]) – zugunsten der Unternehmer. Die Bundesbank vermerkt, daß die Sachkapitalrentabilität schon seit 1984 wieder die aus Geldvermögensanlage erzielbare Rendite „deutlich übertrifft"[2])! Die Rendite für langfristige Geldvermögensanlagen liegt in der BRD zur Zeit bei etwa 6 vH, in den USA bei rund 9 vH. Entgegen mancher Erwartung legten die Unternehmensgewinne auf ihrem schon hohen Niveau auch im 2. Halbjahr 1987 weiter deutlich zu. Der Grund dafür war im wesentlichen die trotz der Wechselkursentwicklung fortdauernde günstige Export-Konjunktur. Dabei konnte die bundesdeutsche Wirtschaft 1987 erneut Vorteile bzw. Zusatzgewinne aus der unterschiedlichen Preisentwicklung von Einfuhr- und Ausfuhrgütern (sogenannte terms-of-trade) ziehen. Denn die sinkenden Importpreise wurden von den Unternehmen nicht im gleichen Ausmaß weitergegeben, weder an das Inland noch an das Ausland. So trugen die Importpreise zwar zur Preisstabilität bei, doch hätte diese bei proportionaler Weitergabe der Preisvorteile an die Endabnehmer noch deutlicher ausfallen können. Im Jahr 1987

Gliederung

1. **Zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Verteilung**
   - *1.1 Bundesrepublikanische Wirtschaft lebt unter ihren Verhältnissen*
   - *1.2 . . . kein Grund zur Lohnzurückhaltung*
2. **Arbeitseinkommen: Kaufkraft steigt und erreicht das Niveau von 1980**
3. **Einkommen der aus der Erwerbsarbeit ausgegrenzten Personen**
   - *3.1 Kaufkraft der Arbeitslosenhaushalte um über 20 vH gefallen*
   - *3.2 Zahl der Sozialhilfeempfänger kräftig gestiegen*

Tabelle 1
Bruttolohnquote und Arbeitnehmerquote 1960 bis 1986
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)
– in vH –

Jahr	Bruttolohnquote[1])		Arbeitnehmerquote[3])
	tatsächlich	strukturbereinigt[2])	
1960	60,1	65,0	77,2
1965	65,3	67,3	80,9
1970	68,0	68,0	83,4
1975	73,1	71,5	85,3
1976	71,8	69,8	85,7
1977	72,7	69,8	86,2
1978	71,4	68,8	86,6
1979	71,5	68,5	87,0
1980	73,5	70,0	87,4
1981	74,4	70,8	87,5
1982	73,8	70,1	87,3
1983	71,6	68,7	87,1
1984	70,3	67,5	87,1
1985[4])	69,7	66,7	87,1
1986	68,8	65,7	87,3
1987	68,6	65,5	87,3

1) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. – 2) Bereinigt vom Einfluß, der sich aus der Änderung der Beschäftigungsstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 (83,4 vH) wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten. – 3) Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen. – 4) Ab 1984 vorläufiges Ergebnis.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Wirtschaft und Statistik, 1/1988. – Eigene Berechnungen.

*) Dr. rer. pol., Wissenschaftlicher Referent im WSI, Düsseldorf
**) Die Tabellen 5 bis 8 und 9 bis 11 wurden von *Rudolf Görlich* und *Christiane Ochs*, Statistikbereich des WSI, erstellt.

[1]) Vgl. Deutsche Bundesbank, Die Einkommen der privaten Haushalte und der Unternehmen im zweiten Halbjahr 1987 und ihre Verwendung, Monatsbericht März 1988, S. 16.
[2]) Ebenda.

stiegen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um brutto 4,6 vH, netto 5,4 vH. Da im gleichen Zeitraum die Brutto-Einkommen der Arbeitnehmer um 3,7 vH zunahmen, sank der Anteil der Bruttoeinkommen aus abhängiger Erwerbsarbeit am Volkseinkommen (Lohnquote) von 65,7 vH auf 65,5 vH – dem niedrigsten Wert seit 1960 (vgl. Tabelle 1).

Da die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nur in erster Annäherung die Entwicklung der unternehmischen Profite wiedergeben, ist es sinnvoll, einige statistische Bereinigungen vorzunehmen. Die Daten der Tabelle 2 weisen die Bruttounternehmensgewinne *ohne* Vermögenseinkommen der Haushalte von Arbeitnehmern und Rentner, Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, Einkommen aus Wohnungsvermietung, Einkommen von Bundesbahn/Bundespost und Staat aus. Es zeigt sich, daß diese Bruttounternehmensgewinne 1987 um 6,5 vH, also stärker als die gesamtwirtschaftliche Globalziffer, stiegen. Dies liegt insbesondere an den 1987 deutlich unterdurchschnittlich gewachsenen Vermögenseinkommen und an den rückläufigen Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft.

Die geradezu explodierenden Gewinnzuwächse schlugen sich jedoch nicht in entsprechenden Steigerungen der Investitionen nieder. Der Zuwachs der unternehmerischen Nettoinvestitionen blieb gedämpft: So stiegen die Investitionen zwar gegenüber dem Tiefstand 1982 (80 Mrd. DM) wieder an, blieben aber mit etwa 114 Mrd. DM (1987) deutlich *unter dem Niveau des Jahres 1980* von rund 132 Mrd. DM. Die gesamtwirtschaftlichen Nettogewinne (ohne Staat) stiegen 1987 gegenüber dem Vorjahr um rund 28 Mrd. DM, die Nettoinvestitionen um knapp 13 Mrd. DM.

In den Jahren seit 1980 hat sich die Ertragskraft der Unternehmen beträchtlich gesteigert. Diese Entwicklung wurde von der Wirtschaftspolitik unterstützt, wie sich an dem Verhältnis von Brutto- und Nettogewinnen ersehen läßt: Die Unternehmensgewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (AG's, GmbH's etc.) stiegen von 1980 bis 1987 um gut 80 vH brutto, netto sogar um 112 vH (vgl. Tabelle 3). Die durchschnittliche *effektive* Steuerbelastung der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit ist mit knapp 30 vH auf das niedrigste Niveau der Nachkriegsgeschichte der BRD zurückgefallen. Dieser Befund bestätigt erneut die in der Debatte um die Steuerreform vom WSI[3]) und anderen vorgelegten kritischen Analysen zur tatsächlichen Unternehmensbesteuerung in der BRD. Doch die Investitionsentwicklung blieb verhalten: Seit 1981 sind die inländisch verfügbaren Ersparnisse (Gewinne und Sparen der Haushalte) höher als die gesamtwirtschaftlichen Nettoinvestitionen. Das Problem liegt demnach nicht im Mangel an investiv verwendbaren Mitteln. Im Gegenteil, das Problem liegt in der mangelnden produktiven Nutzung des erwirtschafteten Gesamtprodukts. Wirtschaftspolitisch gesehen ist deshalb eine stärkere Binnenorientierung erforderlich. Die Umlenkung der Mittel in Richtung Binnennachfrage – u. a. über öffentliche Investionsprogramme – würde beispielsweise zu einer verbesserten infrastrukturellen Ausstattung (z. B. Umweltschutz, Nahverkehr etc.) und zu mehr Beschäftigung führen.

Tabelle 2

Bruttoeinkommen der Unternehmen[1])

Jahr	Mill. DM	Veränderung
1980	248 660	– 1,4
1981	249 200	0,2
1982	254 460	2,1
1983	305 440	20,0
1984	332 275	8,8
1985	352 990	6,2
1986	393 360	11,4
1987	418 820	6,5

1) Ohne Bundesbahn, Bundespost, Staat, Wohnungsvermietung, Land- und Forstwirtschaft, Vermögenseinkommen der Arbeitnehmer- und Rentnerhaushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18 und Vorbericht 1987. Schätzungen und Berechnungen des WSI

Tabelle 3

Unternehmensgewinne und direkte Steuern der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit

Jahr	Unternehmensgewinne Mill. DM	Veränderung (vH)	Direkte Steuern Mill. DM	Netto-Unternehmensgewinne Mill. DM	Veränderung (vH)	Durchschnittl. Steuersatz vH
1980	68 270		26 380	41 890		38,6
1981	73 460	7,6	25 660	47 800	14,1	34,9
1982	82 320	12,1	27 140	55 180	15,4	33,0
1983	98 210	19,3	29 610	68 600	24,3	30,1
1984	110 550	12,6	34 460	76 090	10,9	31,2
1985	117 650	6,4	39 230	78 420	3,1	33,3
1986	119 190	1,3	38 800	80 390	2,5	32,6
1987	123 360[1])	3,5[1])	34 520	88 840	10,5	28,0

1) Schätzungen des WSI.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18 und telefonische Auskunft. – Berechnung und Schätzung des WSI.

1.2 . . . kein Grund zur Lohnzurückhaltung

Die Debatte über den Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung hat in der Öffentlichkeit manche Verwirrungen bezüglich der tatsächlichen verteilungspolitischen Situation erzeugt. Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen gesamtwirtschaftlichen Verteilungsverhältnisse sollte deutlich werden, daß zur Lohnzurückhaltung kein Anlaß besteht. Im Gegenteil: Für die investive Verwendung steht seit langem mehr an volkswirtschaftlichen Mitteln zur Verfügung als tatsächlich ge-

[3]) Vgl. *Scheibe-Lange, I.*, Zu hohe Belastungen der Unternehmensgewinne mit Ertragsteuern? in: WSI-Mitteilungen 12/1986, S. 772 ff. – *Littmann. K.*, Die Steuerlast der Unternehmen, Schriftenreihe der Klaus-Dieter-Arndt-Stiftung e. V., Heft 11, Bonn, Dezember 1987.

Tabelle 4

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen

Jahr	Durchschnittliche Tariflohn-/gehaltserhöhungen[1]) vH	Preise[2]) (Veränderung) vH	Abzüge[3]) Lohnsteuer vH	Abzüge[3]) Sozialabgaben vH	Abzüge[3]) Gesamte Abzüge vH	Durchschnittliche Arbeitseinkommen[4]) Brutto DM	Brutto Veränderung vH	Netto DM	Netto Veränderung vH	Reale Veränderung (netto) vH
1980	6,7	+ 5,3	16,2	13,2	29,4	2 500	+ 6,7	1 764	+ 5,2	– 0,1
1981	4,8	+ 6,3	16,2	13,5	29,7	2 621	+ 4,9	1 843	+ 4,5	– 1,7
1982	4,1	+ 5,4	16,6	13,9	30,5	2 729	+ 4,1	1 897	+ 2,9	– 2,4
1983	3,1	+ 3,2	17,0	14,1	31,1	2 818	+ 3,2	1 941	+ 2,2	– 1,0
1984	3,3	+ 2,4	17,6	14,4	32,0	2 902	+ 3,0	1 974	+ 1,8	– 0,6
1985	2,8	+ 2,1	18,2	14,7	32,9	2 987	+ 2,9	2 005	+ 1,6	– 0,5
1986	3,6	– 0,2	17,9	14,8	32,7	3 101	+ 3,8	2 088	+ 4,2	+ 4,4
1987	3,4	+ 0,1	18,6	14,9	33,5	3 196	+ 3,0	2 125	+ 1,7	+ 1,6

1)Erhöhung ohne Einbeziehen der Zusatzleistungen. – 2) Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen. – 3) Lohnsteuer und Sozialabgaben gemessen an der Bruttolohn- und -gehaltsumme. – 4) Brutto- bzw. Nettolohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer.

Quelle: WSI-Tarifarchiv. – Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Januar 1988. – Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Wirtschaft und Statistik, 1/1988.

Tabelle 5

Entwicklung der Effektiveinkommen in der Industrie
– Arbeiter (Männer) –

Industriezweig	DM-Beträge Brutto 1986	DM-Beträge Brutto 1987	DM-Beträge Netto 1986	DM-Beträge Netto 1987	Veränd. gegenüber Vorjahr in vH Brutto 1986	Veränd. gegenüber Vorjahr in vH Brutto 1987	Veränd. gegenüber Vorjahr in vH Netto-Real[1]) 1986	Veränd. gegenüber Vorjahr in vH Netto-Real[1]) 1987
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	3 537	3 641	2 380	2 421	+ 3,8	+ 2,9	+ 4,3	+ 1,6
Bergbau	3 281	3 285	2 208	2 185	+ 2,7	+ 0,1	+ 3,2	– 1,2
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	3 142	3 250	2 115	2 161	+ 4,5	+ 3,4	+ 5,0	+ 2,1
Eisenschaffende Industrie	3 120	3 255	2 100	2 165	– 1,1	+ 4,3	– 0,6	+ 3,0
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	3 124	3 142	2 102	2 089	+ 3,0	+ 0,6	+ 3,5	– 0,7
Ziehereien, Kaltwalzwerke	3 055	3 185	2 056	2 118	+ 2,3	+ 4,3	+ 2,9	+ 2,9
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	3 155	3 285	2 123	2 185	+ 2,8	+ 4,1	+ 3,3	+ 2,8
Mineralölverarbeitung	4 028	4 158	2 711	2 765	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,8	+ 1,9
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	3 376	3 520	2 272	2 341	+ 2,8	+ 4,3	+ 3,3	+ 2,9
Herstellung von Chemiefasern	3 250	3 389	2 187	2 254	+ 3,4	+ 4,3	+ 4,0	+ 2,9
Holzbearbeitung	2 829	2 920	1 904	1 942	+ 3,7	+ 3,2	+ 4,2	+ 1,9
Holzschliff, Zellstoff, Papier- und Pappeerzeugung	3 333	3 554	2 243	2 363	+ 2,1	+ 6,6	+ 2,7	+ 5,3
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	3 129	3 255	2 106	2 165	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,3	+ 2,7
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	3 368	3 454	2 267	2 297	+ 3,5	+ 2,6	+ 4,0	+ 1,2
Maschinenbau, Lokomotivbau	3 237	3 311	2 179	2 202	+ 3,2	+ 2,3	+ 3,7	+ 0,9
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	3 411	3 550	2 296	2 361	+ 3,0	+ 4,1	+ 3,5	+ 2,7
Schiffbau	3 215	3 359	2 164	2 234	– 0,3	+ 4,5	+ 0,2	+ 3,1
Luft- und Raumfahrzeugbau	3 350	3 533	2 255	2 349	+ 4,6	+ 5,5	+ 5,1	+ 4,1
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	3 007	3 111	2 024	2 069	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,1
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	2 942	3 007	1 980	2 000	+ 3,2	+ 2,2	+ 3,8	+ 0,9
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	2 963	3 050	1 994	2 028	+ 3,3	+ 2,9	+ 3,9	+ 1,6
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	3 033	3 016	2 041	2 006	+ 3,6	– 0,6	+ 4,1	– 1,8
Feinkeramik	2 659	2 751	1 790	1 829	+ 2,7	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,1
Herstellung und Verarbeitung von Glas	3 072	3 215	2 067	2 138	+ 2,7	+ 4,7	+ 3,3	+ 3,3
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	2 955	3 029	1 989	2 014	+ 4,3	+ 2,5	+ 4,8	+ 1,2
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	2 764	2 846	1 860	1 893	+ 5,0	+ 3,0	+ 5,5	+ 1,7
Papier- und Pappeverarbeitung	2 911	3 029	1 959	2 014	+ 2,9	+ 4,1	+ 3,4	+ 2,7
Druckerei, Vervielfältigung	3 441	3 611	2 316	2 401	+ 2,4	+ 4,9	+ 2,9	+ 3,6
Herstellung von Kunststoffwaren	2 920	3 033	1 965	2 017	+ 3,4	+ 3,9	+ 3,9	+ 2,5
Ledererzeugung	2 746	2 855	1 848	1 899	+ 2,3	+ 4,0	+ 2,8	+ 2,6
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	2 472	2 559	1 664	1 702	+ 2,1	+ 3,5	+ 2,6	+ 2,2
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrachsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	2 520	2 577	1 696	1 714	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,8	+ 0,9
Textilgewerbe	2 759	2 859	1 857	1 901	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,9	+ 2,3
Bekleidungsgewerbe	2 677	2 768	1 802	1 841	+ 4,2	+ 3,4	+ 4,8	+ 2,0
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	3 116	3 224	2 097	2 144	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,7	+ 2,1
Hoch- und Tiefbau einschl. Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	3 046	3 142	2 050	2 089	+ 4,2	+ 3,2	+ 4,7	+ 1,8
Industrie (insgesamt)[2])	3 168	3 272	2 132	2 176	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,0	+ 2,0

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungen und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes). – 2) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Verdienststatistik und Berechnungen des WSI.

nutzt wurde. Die BRD lebt demnach *unter* ihren Verhältnissen. Hinzu kommt, daß auch konjunkturell gesehen die Stärkung der Binnennachfrage Sinn macht. Die Gewerkschaften sind also gut beraten, das an Verteilungsmasse für die Arbeitnehmer herauszuholen, was sie vor dem Hintergrund der Beschäftigungskrise herausholen können. Dies ist die eine Seite.

Darüber hinaus stellt sich in der Tat die Frage, *in welcher Weise* das, was verteilungspolitisch erstritten wurde, auf die jeweiligen Einkommensgruppen von Arbeitnehmern aufgeteilt wird. Insbesondere dann, wenn eine stärkere Arbeitszeitverkürzung, die gleichzeitig zu relativ geringeren nominellen Einkommenszuwächsen führt, durchgesetzt werden soll, muß die Aufteilung auf die Arbeitnehmergruppen neu bedacht werden. Betrachtet man die unter dem Krisendruck gewachsenen Einkommensdifferenzen zwischen den Arbeitnehmergruppen und berücksichtigt man die strukturelle Minderbezahlung von Frauen, deren Zugangschancen zu Arbeitsplätzen u. a. durch Arbeitszeitverkürzung verbessert werden sollen, dann wird man an dem Problem der Neubestimmung der künftigen Arbeitseinkommensunterschiede nicht vorbeikommen. Im Grunde ist dies der Tarifpolitik nicht fremd, denn auch in der Vergangenheit gab es sehr wohl unterschiedliche (absolute) Zuwächse, die aber nur unter dem Mantel des allgemeinen Einkommensanstiegs verschwanden. Mittel- und langfristig gesehen ist nun aber die Änderung der Arbeitseinkommenshierarchie – im Sinne der Verringerung der Unterschiede – geradezu eine notwendige Bedingung für das Gelingen einer langfristig angelegten und stärkeren Arbeitszeitverkürzung (etwa Richtung 30-Stunden-Woche)[4]): Nur dann, wenn bei reduziertem individuellem Arbeitszeitvolumen auch die individuellen Erwartungen auf ein „auskömmliches" Einkommen erfüllt sind, wird die Arbeitszeitverkürzung „angenommen" und *nicht* durch Überstunden/Nebenarbeit etc. konterkariert werden. Aber auch hier wird die Tarifpolitik nicht alles regeln können, nötig sind entsprechende steuer- und sozialpolitische Flankierungen. Schließlich ist die Frage der Umverteilung im Zusammenhang mit dem allgemeinen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Programm, wie es etwa unter dem Motto „qualitatives Wachstum" formuliert worden ist, zu sehen. In diesem Programm nimmt der Aspekt der *investiven Verwendung* der ökonomischen Ressourcen einen prominenten Platz ein, und zwar insbesondere im Sinne der Stärkung der öffentlichen Investitionen und sozialen Dienstleistungen. Gesamtwirtschaftlich gesehen engt eine solche Politik der verstärkten investiven Verwendung den Raum für eine Ausweitung des individuellen Konsums ein. Gleichwohl macht diese Strategie auch verteilungspolitisch Sinn, da auf diese Weise der „kollektive Konsum" (Bildung, Wohnung, Verkehr, Umwelt etc.) erhöht bzw. qualitativ verbessert wird. Bei der Verwirklichung dieser umfassend ansetzenden beschäftigungs- und verteilungspolitischen Strategie darf der Aspekt der Umverteilung zwischen Kapital und Arbeit nicht ausgeklammert werden. Doch er kann auch nicht kurzerhand gleichgesetzt werden mit einer Umschichtung zugunsten des individuell *bar verfügbaren Geldeinkommens.* Das verteilungspolitische Versprechen der hier skizzierten Strategie liegt zunächst in der höheren,

[4]) Vgl. den Hinweis auf diesen Aspekt bei *Seifert, H., Welzmüller, R.,* Arbeitszeitverkürzung und Verteilung, in: WSI-Mitteilungen 4/1983, S. 226 ff.

Tabelle 6

Entwicklung der Effektiveinkommen in der Industrie
– Arbeiter (Frauen) –

Industriezweig	DM-Beträge				Veränd. gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto-Real[1])	
	1986	1987	1986	1987	1986	1987	1986	1987
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	2 598	2 690	1 748	1 789	+ 4,2	+ 3,5	+ 4,7	+ 2,2
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	2 368	2 464	1 594	1 639	+ 3,2	+ 4,1	+ 3,8	+ 2,7
Eisenschaffende Industrie	2 286	2 377	1 538	1 581	+ 2,2	+ 4,0	+ 2,7	+ 2,7
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	2 451	2 481	1 650	1 650	+ 2,6	+ 1,2	+ 3,0	– 0,1
Ziehereien, Kaltwalzwerke	2 359	2 485	1 588	1 653	+ 3,2	+ 5,3	+ 3,8	+ 4,0
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	2 316	2 377	1 559	1 581	+ 3,3	+ 2,6	+ 3,8	+ 1,3
Mineralölverarbeitung	2 837	2 894	1 909	1 925	+ 3,3	+ 2,0	+ 3,8	+ 0,7
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	2 446	2 551	1 646	1 696	+ 3,9	+ 4,3	+ 4,4	+ 3,0
Herstellung von Chemiefasern	2 546	2 625	1 713	1 746	+ 6,0	+ 3,1	+ 6,5	+ 1,8
Holzbearbeitung	2 160	2 229	1 454	1 482	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,0	+ 1,8
Holzschliff, Zellstoff, Papier- und Pappeerzeugung	2 251	2 364	1 515	1 572	+ 3,0	+ 5,0	+ 3,5	+ 3,7
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	2 394	2 494	1 611	1 659	+ 3,0	+ 4,2	+ 3,5	+ 2,8
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	2 346	2 438	1 579	1 621	+ 3,4	+ 3,9	+ 3,9	+ 2,6
Maschinenbau, Lokomotivbau	2 359	2 438	1 588	1 621	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,5	+ 2,0
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	2 729	2 833	1 837	1 884	+ 3,1	+ 3,8	+ 3,7	+ 2,5
Schiffbau	2 412	2 629	1 623	1 748	+ 1,7	+ 9,0	+ 2,2	+ 7,6
Luft- und Raumfahrzeugbau	2 477	2 625	1 667	1 746	+ 5,0	+ 6,0	+ 5,5	+ 4,6
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	2 260	2 346	1 521	1 560	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,9	+ 2,5
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	2 273	2 346	1 530	1 560	+ 3,4	+ 3,2	+ 4,5	+ 1,9
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	2 186	2 277	1 471	1 514	+ 3,3	+ 4,2	+ 3,8	+ 2,8
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	2 433	2 368	1 637	1 575	+ 4,3	– 2,7	+ 4,8	– 3,9
Feinkeramik	2 086	2 147	1 404	1 428	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,4	+ 1,6
Herstellung und Verarbeitung von Glas	2 090	2 173	1 407	1 445	+ 2,1	+ 4,0	+ 2,6	+ 2,6
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	2 216	2 281	1 491	1 517	+ 3,6	+ 2,9	+ 4,1	+ 1,6
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	2 064	2 125	1 389	1 413	+ 4,2	+ 3,0	+ 4,7	+ 1,6
Papier- und Pappeverarbeitung	2 012	2 086	1 354	1 387	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,9	+ 2,3
Druckerei, Vervielfältigung	2 442	2 559	1 643	1 702	+ 3,9	+ 4,8	+ 4,4	+ 3,5
Herstellung von Kunststoffwaren	2 081	2 142	1 401	1 424	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,7	+ 1,6
Ledererzeugung	2 068	2 138	1 392	1 422	+ 2,6	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,0
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	1 821	1 881	1 226	1 251	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,2	+ 1,9
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrachsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	2 008	2 025	1 351	1 347	+ 2,9	+ 0,9	+ 3,4	– 0,4
Textilgewerbe	2 103	2 177	1 415	1 448	+ 3,6	+ 3,5	+ 4,2	+ 2,2
Bekleidungsgewerbe	1 973	2 042	1 328	1 358	+ 3,9	+ 3,5	+ 4,4	+ 2,2
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	2 042	2 099	1 374	1 396	+ 3,8	+ 2,8	+ 4,2	+ 1,5
Hoch- und Tiefbau einschl. Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)								
Industrie (insgesamt)[2])	2 229	2 307	1 500	1 534	+ 3,8	+ 3,5	+ 4,3	+ 2,2

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungen und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes). – 2) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Verdienststatistik und Berechnungen des WSI.

Tabelle 7

Entwicklung der Effektiveinkommen in der Industrie
– Angestellte (Männer) –

Industriezweig	DM-Beträge				Veränd. gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto-Real[1])	
	1986	1987	1986	1987	1986	1987	1986	1987
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	4 487	4 656	3 020	3 096	+ 3,9	+ 3,8	+ 4,4	+ 2,4
Bergbau	5 115	5 312	3 442	3 532	+ 2,5	+ 3,9	+ 3,0	+ 2,5
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	4 366	4 519	2 938	3 005	+ 3,6	+ 3,5	+ 4,1	+ 2,2
Eisenschaffende Industrie	4 613	4 765	3 105	3 169	+ 2,5	+ 3,3	+ 3,0	+ 2,0
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	4 468	4 646	3 007	3 090	+ 2,8	+ 4,0	+ 3,4	+ 2,6
Ziehereien, Kaltwalzwerke	4 482	4 662	3 016	3 100	+ 3,4	+ 4,0	+ 3,9	+ 2,7
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	4 651	4 823	3 130	3 207	+ 3,9	+ 3,7	+ 4,4	+ 2,4
Mineralölverarbeitung	5 902	6 219	3 972	4 136	+ 4,8	+ 5,4	+ 5,3	+ 4,0
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	4 891	5 067	3 292	3 370	+ 4,8	+ 3,6	+ 5,3	+ 2,3
Herstellung von Chemiefasern	4 890	5 080	3 291	3 378	+ 3,8	+ 3,9	+ 4,3	+ 2,5
Holzbearbeitung	4 066	4 218	2 736	2 805	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,6	+ 2,4
Holzschliff, Zellstoff, Papier- und Pappeerzeugung	5 068	5 266	3 411	3 502	+ 4,6	+ 3,9	+ 5,2	+ 2,6
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	4 542	4 728	3 057	3 144	+ 5,0	+ 4,1	+ 5,5	+ 2,7
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	4 801	4 970	3 231	3 305	+ 4,1	+ 3,5	+ 4,6	+ 2,2
Maschinenbau, Lokomotivbau	4 684	4 852	3 152	3 227	+ 3,9	+ 3,6	+ 4,4	+ 2,3
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	5 110	5 303	3 439	3 526	+ 2,5	+ 3,8	+ 3,0	+ 2,4
Schiffbau	4 327	4 622	2 912	3 074	+ 0,9	+ 6,8	+ 1,4	+ 5,4
Luft- und Raumfahrzeugbau	4 998	5 249	3 364	3 491	+ 4,4	+ 5,0	+ 4,9	+ 3,7
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	4 825	5 017	3 247	3 336	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,3	+ 2,6
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	4 425	4 620	2 978	3 072	+ 3,9	+ 4,4	+ 4,5	+ 3,1
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	4 401	4 567	2 962	3 037	+ 3,4	+ 3,8	+ 4,0	+ 2,4
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	5 322	5 495	3 582	3 654	+ 2,2	+ 3,3	+ 2,7	+ 1,9
Feinkeramik	3 814	3 961	2 567	2 634	+ 3,0	+ 3,9	+ 3,5	+ 2,5
Herstellung und Verarbeitung von Glas	4 258	4 452	2 866	2 961	+ 2,0	+ 4,6	+ 2,5	+ 3,2
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	4 127	4 245	2 777	2 823	+ 3,5	+ 2,9	+ 4,0	+ 1,6
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	4 139	4 310	2 786	2 866	+ 4,4	+ 4,1	+ 4,9	+ 2,8
Papier- und Pappeverarbeitung	4 321	4 478	2 908	2 978	+ 3,5	+ 3,6	+ 4,0	+ 2,3
Druckerei, Vervielfältigung	4 578	4 752	3 081	3 160	+ 2,9	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,5
Herstellung von Kunststoffwaren	4 398	4 567	2 960	3 037	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,2	+ 2,5
Ledererzeugung	4 159	4 298	2 799	2 858	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,0
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	3 748	3 856	2 522	2 564	+ 1,2	+ 2,9	+ 1,7	+ 1,6
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrachsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	3 842	3 952	2 586	2 628	+ 4,1	+ 2,9	+ 4,6	+ 1,5
Textilgewerbe	4 054	4 198	2 728	2 792	+ 3,6	+ 3,6	+ 4,1	+ 2,2
Bekleidungsgewerbe	3 970	4 120	2 672	2 740	+ 3,6	+ 3,8	+ 4,1	+ 2,4
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	4 257	4 414	2 865	2 935	+ 3,7	+ 3,7	+ 4,2	+ 2,4
Hoch- und Tiefbau einschl. Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	4 680	4 816	3 150	3 203	+ 3,9	+ 2,9	+ 4,4	+ 1,6
Großhandel	3 792	3 900	2 552	2 594	+ 4,1	+ 2,8	+ 4,6	+ 1,5
Einzelhandel	3 225	3 341	2 170	2 222	+ 2,6	+ 3,6	+ 3,1	+ 2,3
Kreditinstitute	3 916	4 074	2 635	2 709	+ 4,5	+ 4,0	+ 5,0	+ 2,7
Versicherungsgewerbe	4 217	4 365	2 838	2 903	+ 2,7	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,2
Industrie (insgesamt)[2])	4 322	4 485	2 909	2 983	+ 4,0	+ 3,8	+ 4,5	+ 2,4

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungen und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes). – 2) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk sowie Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Verdienststatistik und Berechnungen des WSI.

qualitativ anspruchsvolleren Beschäftigung und dem *daraus* fließenden Einkommen und in der Verbesserung der personellen Verteilungssituation durch die sozial gerechtere Versorgung mit kollektivem Konsum[5]). Nimmt man diese Zusammenhänge ernst, dann läßt sich eine künftig zu forcierende Politik der Veränderung gegebener Arbeitseinkommensunterschiede nicht allein und schlicht auf dem Wege der Umverteilung zwischen Gewinn- und Arbeitseinkommen verwirklichen. Dennoch: Eingebunden in ein hier nur skizziertes Konzept von Arbeitszeitverkürzung und qualitativem Wachstum läßt sich m. E. die Frage der Neugestaltung der Arbeitseinkommenshierarchien als offensives Element einer umfassenderen Politik des gesellschaftlichen und ökonomischen Umbaus angehen.

2. Arbeitseinkommen: Kaufkraft steigt und erreicht das Niveau von 1980

Nach 1986 stieg die Kaufkraft des durchschnittlichen Arbeitseinkommens auch 1987 an; bei einem Bruttozuwachs von 3,0 vH (pro Kopf) erhöhten sich die Nettoeinkommen – insbesondere wegen gestiegener Lohnsteuerbelastung – nur um 1,7 vH (vgl. Tabelle 4). Bei einer Preisniveauerhöhung von 0,1 vH entsprach dies in etwa auch dem Realeinkommensanstieg. Damit liegen die realen Arbeitseinkommen aber erst wieder auf dem Niveau des Jahres 1980. Auffallend ist, daß es gesamtwirtschaftlich erneut zu einer negativen Lohndrift kam: Die tariflichen Einkommenszuwächse[6]) (3,4 vH) überstiegen die effektiven (3,0 vH). Gewöhnlich werden solche Abweichungen mit zeitverzögerten Anpassungen bei konjunkturellen Phasenänderungen erklärt: Die Tarifabschlüsse haben beispielsweise – bei schon rückläufiger Konjunktur – noch Bezug zur vorangegangenen günstigeren Phase und übersteigen deshalb die durch effektive Arbeitszeitentwicklung (Abbau von Überstunden, Einführung von Kurzarbeit etc.) und betriebliche Lohnpolitik tatsächlich gezahlten Arbeitseinkommen. Doch diese Erklärung paßt nicht für die Phase 1987. Aufgrund der Exportentwicklung ergab sich sogar noch eine sehr günstige Produktions- und Ertragslage. Der wesentliche Faktor für die negative Lohndrift liegt in dem Tatbestand, daß ein wachsender Teil der Beschäftigten als Teilzeitbeschäftigte tätig ist. Zugenommen hat auch die Zahl der Erziehungsurlauber, die statistisch als Erwerbstätige gezählt werden[7]). Schließlich stieg auch die durchschnittliche Zahl der Kurzarbeiter an. All diese Faktoren dämpfen den Anstieg der statistisch ausgewiesenen Pro-Kopf-Einkommen.

Die Tabellen 5 bis 8 zeigen, daß die durchschnittlichen Netto-Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten der Industrie und des Handels zwischen 2 vH (Arbeiter, Männer) und 2,7 vH (weibliche Angestellte) zulegten und damit stärker stiegen als die gesamtwirtschaftlichen Durchschnittseinkommen. Allerdings sind in den Einkommenszahlen der Industrie und des Handels auch nur Vollzeitarbeitskräfte berücksichtigt. Gleichwohl kam es in einigen Branchen (z. B. Bergbau, Eisen und Stahl, Herstellung von Büromaschinen und EDV) zu Realeinkommenseinbußen: Grund ist der teils starke Rückgang der bezahlten Arbeitszeit, und dies hing wiederum mit Produktionseinschränkungen zusammen.

Arbeitslohn und Angestelltengehälter

Im Durchschnitt erzielen Arbeiter immer noch ein beträchtlich geringeres monatliches Arbeitseinkommen als Angestellte – trotz der weitgehenden Angleichung von Qualifikation und Tätigkeitsinhalten im Arbeitsprozeß. 1987 belief sich der durchschnittliche Arbeiterverdienst (Männer) auf 73 vH des Durchschnittsgehalts eines Angestellten (dieses lag bei 4 485 DM); Arbeiterinnen kamen auf 70 vH des durchschnittlichen Gehalts einer weiblichen Angestellten (dieses lag bei 2 875 DM). Diese Relation hat sich bei den Männern im Verlauf der Jahre zuungunsten der Arbeiter verschlechtert: 1980 bezogen männliche Arbeiter noch knapp 76 vH des entsprechenden Angestellteneinkommens. Bei den Frauen blieb diese Relation – mit geringen Schwankungen im Zeitablauf – weitgehend unverändert.

Fraueneinkommen: 45 vH der vollzeitig erwerbstätigen Arbeiterinnen beziehen weniger als 2 000 DM monatlich

Die durchschnittlichen Nettoeinkommen von männlichen Arbeitern in der Industrie liegen bei 2 176 DM und damit leicht über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt; männliche Angestellte weisen hingegen

[5]) Vgl. zu den verteilungspolitischen Zusammenhängen *Welzmüller, R.*, Verteilungspolitik – Mittel zur Beeinflussung der Wirtschaftsstruktur?, WSI-Mitteilungen 3/1986, S. 117 ff. – Siehe auch *Derselbe*, Investitionsbedarfe und Verteilung, in: WSI-Mitteilungen 5/1981, S. 273 ff.

[6]) Vgl. dazu auch *Kurz-Scherf, I./WSI-Tarifarchiv*, Tarifrunde 1987: Bilanz der Tarifbewegungen, WSI-Mitteilungen 3/1988, S. 133 ff.

[7]) Vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1. Halbjahr 1987, in: Wirtschaft und Statistik, 9/1987, S. 706 f.

Tabelle 8

Entwicklung der Effektiveinkommen in der Industrie
– Angestellte (Frauen) –

Industriezweig	DM-Beträge				Veränd. gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto-Real[1])	
	1986	1987	1986	1987	1986	1987	1986	1987
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	3 200	3 305	2 154	2 198	+ 3,7	+ 3,3	+ 4,2	+ 1,9
Bergbau	3 307	3 429	2 226	2 280	+ 3,6	+ 3,7	+ 4,1	+ 2,3
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	2 952	3 061	1 987	2 036	+ 3,7	+ 3,7	+ 4,2	+ 2,3
Eisenschaffende Industrie	3 019	3 152	2 032	2 096	+ 3,1	+ 4,4	+ 3,6	+ 3,1
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	2 879	3 002	1 938	1 996	+ 3,0	+ 4,3	+ 3,5	+ 2,9
Ziehereien, Kaltwalzwerke	2 944	3 066	1 981	2 039	+ 2,3	+ 4,1	+ 2,8	+ 2,8
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	3 102	3 245	2 088	2 158	+ 3,4	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,2
Mineralölverarbeitung	4 107	4 311	2 764	2 867	+ 3,5	+ 5,0	+ 4,0	+ 3,6
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	3 500	3 645	2 356	2 424	+ 4,4	+ 4,1	+ 4,9	+ 2,8
Herstellung von Chemiefasern	3 425	3 554	2 305	2 363	+ 2,8	+ 3,8	+ 3,3	+ 2,4
Holzbearbeitung	2 544	2 640	1 712	1 756	+ 1,8	+ 3,8	+ 2,4	+ 2,4
Holzschliff, Zellstoff, Papier- und Pappeerzeugung	3 184	3 311	2 143	2 202	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,3	+ 2,6
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	3 136	3 254	2 111	2 164	+ 4,2	+ 3,8	+ 4,7	+ 2,4
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	3 042	3 150	2 047	2 095	+ 3,1	+ 3,6	+ 3,7	+ 2,2
Maschinenbau, Lokomotivbau	2 996	3 112	2 016	2 069	+ 3,3	+ 3,9	+ 3,8	+ 2,6
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	3 382	3 541	2 276	2 355	+ 2,9	+ 4,7	+ 3,4	+ 3,4
Schiffbau	2 763	2 877	1 859	1 913	+ 1,6	+ 4,1	+ 2,1	+ 2,8
Luft- und Raumfahrzeugbau	3 335	3 515	2 244	2 337	+ 5,1	+ 5,4	+ 5,6	+ 4,1
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	3 200	3 351	2 154	2 228	+ 3,5	+ 4,7	+ 4,0	+ 3,4
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	3 001	3 143	2 020	2 090	+ 3,4	+ 4,7	+ 2,5	+ 3,4
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	2 871	2 984	1 932	1 984	+ 3,0	+ 3,9	+ 3,5	+ 2,6
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	3 665	3 822	2 467	2 542	+ 4,7	+ 4,3	+ 5,2	+ 2,9
Feinkeramik	2 702	2 820	1 818	1 875	+ 3,2	+ 4,4	+ 3,7	+ 3,0
Herstellung und Verarbeitung von Glas	2 814	2 937	1 894	1 953	+ 2,8	+ 4,4	+ 3,3	+ 3,0
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	2 613	2 701	1 759	1 796	+ 4,1	+ 3,4	+ 4,6	+ 2,0
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	2 749	2 868	1 850	1 907	+ 4,8	+ 4,3	+ 5,4	+ 3,0
Papier- und Pappeverarbeitung	2 782	2 901	1 872	1 929	+ 3,5	+ 4,3	+ 4,0	+ 3,0
Druckerei, Vervielfältigung	3 038	3 153	2 045	2 097	+ 2,7	+ 3,8	+ 3,3	+ 2,4
Herstellung von Kunststoffwaren	2 853	2 967	1 920	1 973	+ 3,3	+ 4,0	+ 3,8	+ 2,7
Ledererzeugung	2 730	2 750	1 837	1 829	+ 2,3	+ 0,7	+ 2,8	– 0,5
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	2 466	2 552	1 660	1 697	+ 2,9	+ 3,5	+ 3,4	+ 2,1
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrachsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	2 465	2 575	1 659	1 712	+ 4,9	+ 4,5	+ 5,4	+ 3,1
Textilgewerbe	2 790	2 912	1 878	1 936	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,9	+ 3,0
Bekleidungsgewerbe	2 790	2 898	1 878	1 927	+ 3,3	+ 3,9	+ 3,8	+ 2,5
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	2 959	3 063	1 991	2 037	+ 3,7	+ 3,5	+ 4,3	+ 2,2
Hoch- und Tiefbau einschl. Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	2 862	2 971	1 926	1 976	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,3	+ 2,5
Großhandel	2 591	2 678	1 744	1 781	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,8	+ 2,0
Einzelhandel	2 172	2 249	1 462	1 496	+ 3,5	+ 3,5	+ 4,0	+ 2,2
Kreditinstitute	3 032	3 151	2 041	2 095	+ 4,5	+ 3,9	+ 5,0	+ 2,6
Versicherungsgewerbe	3 268	3 391	2 199	2 255	+ 3,0	+ 3,8	+ 3,5	+ 2,4
Industrie (insgesamt)[2])	2 764	2 875	1 860	1 912	+ 4,4	+ 4,0	+ 4,9	+ 2,7

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungen und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes). – 2) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk sowie Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Verdienststatistik und Berechnungen des WSI.

Tabelle 9

Ganzjährig vollzeitbeschäftigte Personen[1]) nach der Höhe des beitragspflichtigen Bruttojahresentgelts und Stellung im Beruf
– Frauen –
Anteile in vH

Beitragspflichtiges Bruttojahresentgelt von . . . bis unter . . . DM	Zusammen				Arbeiter				Angestellte			
	1978	1980	1983	1984	1978	1980	1983	1984	1978	1980	1983	1984
0 – 600	2,6	1,9	1,2	1,2	3,7	2,6	1,6	1,5	1,9	1,4	1,0	1,0
600 – 1 000	8,5	6,1	3,8	3,4	12,3	9,3	6,6	6,0	6,4	4,4	2,6	2,3
1 000 – 1 200	6,7	4,9	3,9	3,3	8,4	6,1	5,5	5,0	5,7	4,2	3,1	2,4
1 200 – 1 400	8,6	6,1	4,2	3,9	12,0	7,8	5,7	5,6	6,7	5,2	3,4	3,1
1 400 – 1 600	10,1	7,8	5,4	5,1	15,6	10,6	6,9	6,8	7,0	6,2	4,7	4,3
1 600 – 1 800	11,8	8,7	6,9	6,4	17,7	12,7	10,4	8,9	8,5	6,5	5,2	5,3
1 800 – 2 000	12,6	10,6	7,1	7,0	15,5	15,2	11,0	10,6	11,0	8,0	5,1	5,3
2 000 – 2 200	11,3	12,0	9,0	8,3	8,5	15,5	13,5	12,6	12,9	10,0	6,8	6,2
2 200 – 2 400	9,2	10,1	10,7	9,9	3,7	9,7	14,6	14,1	12,3	10,4	8,8	7,9
2 400 – 2 600	6,8	8,9	9,7	9,6	1,8	4,8	10,3	12,1	9,6	11,2	9,4	8,1
2 600 – 2 800	4,3	7,1	8,2	8,4	0,5	2,7	5,6	7,1	6,4	9,6	9,5	9,0
2 800 – 3 000	2,7	5,1	7,6	7,2	0,2	1,3	3,2	3,8	4,2	7,2	9,7	8,9
3 000 – 3 200	1,9	3,4	6,2	6,0	0,1	0,5	2,1	2,2	2,8	5,0	8,2	7,8
3 200 – 3 400	1,0	2,4	4,5	4,8	0,1	0,3	1,2	1,4	1,6	3,6	6,1	6,5
3 400 – 3 600	0,7	1,7	3,1	3,5	0,0	0,1	0,3	0,6	1,1	2,6	4,4	4,9
3 600 und mehr	1,2	3,2	8,5	12,0	0,0	0,8	1,4	1,9	1,9	4,5	11,9	16,7
Insgesamt (Personen in Tsd.)	4 477,4	4 625,2	4 400,5	4 281,6	1 617,5	1 671,6	1 443,4	1 382,0	2 859,9	2 953,6	2 957,1	2 899,6

1) Nur Personen mit einem Beschäftigungsfall, ohne Beschäftigte in beruflicher Ausbildung und ohne Beschäftigte ohne Entgelt.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Fachserie 1, Reihe 4.2.2 sowie Berechnungen des WSI.

Tabelle 10

Ganzjährig vollzeitbeschäftigte Personen[1] nach der Höhe des beitragspflichtigen Bruttojahresentgelts und Stellung im Beruf
– Männer –
Anteile in vH

Beitragspflichtiges Bruttojahresentgelt von . . . bis unter . . . DM	Zusammen				Arbeiter				Angestellte			
	1978	1980	1983	1984	1978	1980	1983	1984	1978	1980	1983	1984
0 – 600	0,4	0,3	0,2	0,2	0,6	0,4	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
600 – 1 000	0,9	0,6	0,5	0,5	1,2	0,8	0,6	0,6	0,5	0,3	0,2	0,2
1 000 – 1 200	0,7	0,6	0,4	0,3	0,8	0,7	0,4	0,4	0,5	0,4	0,3	0,2
1 200 – 1 400	1,0	0,5	0,4	0,4	1,2	0,7	0,5	0,5	0,7	0,3	0,3	0,3
1 400 – 1 600	1,9	0,8	0,5	0,5	2,4	1,0	0,6	0,6	1,0	0,6	0,4	0,3
1 600 – 1 800	3,9	1,3	0,7	0,7	5,5	1,6	0,8	0,7	1,5	0,7	0,5	0,5
1 800 – 2 000	7,4	2,4	1,1	0,9	10,3	3,1	1,4	1,2	2,7	1,2	0,6	0,6
2 000 – 2 200	10,9	5,0	2,0	1,7	14,9	6,5	2,6	2,2	4,2	2,3	1,1	0,9
2 200 – 2 400	13,3	8,2	3,6	2,9	17,6	10,9	4,9	3,9	6,4	3,4	1,6	1,4
2 400 – 2 600	13,1	11,1	6,2	5,2	16,3	14,3	8,6	7,1	7,9	5,2	2,3	2,2
2 600 – 2 800	11,0	12,4	8,9	7,5	12,4	15,7	12,4	10,4	8,7	6,4	3,4	2,8
2 800 – 3 000	8,4	11,5	11,0	9,7	7,9	13,8	14,9	13,2	9,2	7,4	4,8	4,0
3 000 – 3 200	6,5	9,6	11,1	10,0	4,5	10,5	14,3	13,4	9,8	8,0	5,9	4,6
3 200 – 3 400	5,0	7,5	9,7	9,3	2,5	7,1	11,9	11,9	9,2	8,1	6,2	5,2
3 400 – 3 600	4,3	6,0	8,0	7,8	1,3	4,6	8,9	9,6	9,3	8,7	6,6	5,1
3 600 und mehr	11,1	22,1	35,6	42,5	0,6	7,3	17,0	24,1	28,2	47,0	65,7	71,5
Insgesamt (Personen in Tsd.)	9 346,1	9 646,8	9 139,8	8 898,9	5 816,5	6 197,2	5 649,0	5 466,7	3 529,7	3 449,5	3 490,8	3 432,2

1) Nur Personen mit einem Beschäftigungsfall, ohne Beschäftigte in beruflicher Ausbildung und ohne Beschäftigte ohne Entgelt.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Fachserie 1, Reihe 4.2.2 sowie Berechnungen des WSI.

mit 2 983 DM ein überdurchschnittlich hohes Nettoeinkommen auf; Frauen – ob Arbeiterin oder Angestellte – erreichen das durchschnittliche Nettoeinkommen nicht: Weibliche Angestellte liegen mit ihrem Einkommen 10 vH niedriger; Arbeiterinnen gar 28 vH (obgleich es sich hier jeweils um Vollzeitarbeitskräfte handelt). Dieser Vergleich mit den gesamtwirtschaftlichen Durchschnittseinkommen ist jedoch allenfalls ein grober Indikator für Einkommensdifferenzen. Da die Durchschnittseinkommen auch die Fraueneinkommen enthalten, wird die Vergleichsbasis unscharf. Es ist deshalb sinnvoller, auf den Vergleich von Männer- und Frauenverdiensten überzugehen.

Im Durchschnitt von Industrie und Handel liegen die Fraueneinkommen um knapp 30 vH (Arbeiterinnen) bzw. knapp 36 vH (weibliche Angetellte) unter dem Einkommen der entsprechenden männlichen Beschäftigtengruppe. Bei den Arbeiterinnen hat sich der Einkommensabstand zu den männlichen Kollegen etwas verringert (1980: rd. 32 vH), bei den weiblichen Angestellten

Tabelle 11

Entwicklung der Einkommensunterschiede zwischen den Branchen
– Variationskoeffizient –

Beschäftigtengruppe		Variationskoeffizient				
		1972	1976	1980	1984	1987
Angestellte[1]	m	8,14	9,66	10,16	11,06	11,93
	w	9,73	10,74	10,84	12,06	13,03
Arbeiter[2]	m	9,50	10,09	9,92	10,42	11,29
	w	9,47	10,14	9,92	10,68	11,85

1) Auf Basis der effektiven Monatslöhne. – 2) Auf Basis der effektiven Stundenlöhne.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Fachserie 16, Verdienststatistik, Berechnungen des WSI.

leicht vergrößert (1980: 35,6 vH). Vergleicht man die Frauen- und Männereinkommen *der jeweiligen Qualifikationsgruppen*[8]), so verringern sich die gemessenen Unterschiede: In der untersten Leistungsgruppe III befinden sich 50 vH (!) aller Arbeiterinnen – ihr Einkommensabstand zu den Männern derselben Leistungsgruppe (rund 9 vH aller männlichen Arbeiter sind dort eingruppiert) beträgt 19 vH; in der von Frauen am dichtesten besetzten Leistungsgruppe IV der Angestellten (46 vH aller Frauen sind dort eingruppiert, dagegen 13 vH aller männlichen Angestellten) beträgt der Abstand gleichfalls rund 19 vH. Der stärkere durchschnittliche Abstand zwischen Männer- und Fraueneinkommen ist also den Eingruppierungsstrukturen geschuldet. Dahinter verbergen sich wiederum unterschiedliche Zugangschancen zur beruflichen Qualifizierung, zum Arbeitsmarkt und zur innerbetrieblichen Karriere.

Von den rund 4,3 Mill. *vollzeitig* und ganzjährig erwerbstätigen Frauen wurden 1984 (jüngste Datenbasis) rund 30 vH – das waren etwa 1,3 Mill. Personen – mit einem Bruttoeinkommen von unter 2 000 DM entgolten (vgl. Tabelle 9). Je nach Beschäftigtenstatus unterschied sich die Einkommenslage dabei noch beträchtlich: Rund 45 vH aller vollzeitig tätigen *Arbeiterinnen* lagen mit ihrem Bruttoarbeitsentgelt unter 2 000 DM – bei den *weiblichen Angestellten* waren es knapp 24 vH. Bei den Männern (vgl. Tabelle 10) hingegen bezogen etwas über 4 vH aller vollzeitbeschäftigten Arbeiter ein Einkommen bis zu 2 000 DM; bei den Angestellten waren

[8]) Die vom Statistischen Bundesamt abgegrenzten „Leistungsgruppen" liefern eine grobe Zusammenfassung vergleichbarer Qualifikationen und Tätigkeiten.

Tabelle 12

Verfügbares Haushaltseinkommen[1] nach sozialen Gruppen
(Monatsdurchschnitt)

Jahr	Selbständige			Arbeitnehmer			Arbeitslose			Rentner und Pensionäre		
	DM	Veränderung Nominal	(vH) Real[2]	DM	Veränderung Nominal	(vH) Real[2]	DM	Veränderung Nominal	(vH) Real[2]	DM	Veränderung Nominal	(vH) Real[2]
1975	5 210	14,4	7,9	2 479	10,7	4,3	1 495	8,0	1,3	1 605	8,5	1,8
1980	7 443	9,2	3,5	3 357	4,9	– 0,4	1 621	3,0	– 2,3	2 147	6,7	1,2
1981	8 125	9,2	2,4	3 520	4,9	– 1,3	1 762	8,7	2,5	2 247	4,7	– 1,3
1982	8 439	3,9	– 1,3	3 556	1,0	– 4,2	1 742	– 1,1	– 6,4	2 313	2,9	– 2,6
1983	8 674	2,8	0,5	3 660	2,9	– 0,3	1 730	– 0,7	– 4,0	2 319	0,3	– 3,0
1984	9 608	10,8	8,3	3 777	3,2	0,8	1 650	– 4,6	– 6,6	2 353	1,5	– 0,9
1985	10 187	6,0	3,5	3 891	3,0	0,9	1 594	– 3,4	– 5,3	2 390	1,6	– 0,4
1986	10 535	3,4	3,5	4 065	4,5	4,7	1 567	– 1,7	– 1,9	2 459	2,9	2,7

1) Darunter ist die Summe sämtlicher zufließender Einkommen (also neben Arbeitseinkommen auch jenes aus Vermögen, Unternehmertätigkeit, Vermietung etc. und einschließlich der sozialen Transferleistungen, wie etwa Wohngeld etc.) abzüglich der Steuern und Abgaben (Sozialbeiträge) zu verstehen. – 2) Deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts mit höherem Einkommen (so bei Selbständigen), mit mittlerem Einkommen (so bei den Arbeitnehmerhaushalten) und mit dem Preisindex für die Lebenshaltung eines 2-Personen-Rentner- und Sozialhilfeempfängerhaushaltes (so bei Arbeitslosen- bzw. Rentnerhaushalten).
Quelle: DIW, Berlin.

es gut 2 vH. Bruttoarbeitseinkommen von 3 600 DM und mehr haben jedoch rund 72 vH aller männlichen Angestellten und etwa 24 vH aller Arbeiter – die entsprechenden Zahlen bei den Frauen lautet 17 vH (weibliche Angestellte) und knapp 2 vH (Arbeiterinnen). Auch wenn im Rahmen dieses Beitrages die Bestimmungsfaktoren der Unterschiede nicht näher analysiert werden können, so läßt sich doch sagen: In diesen Daten zeigt sich, daß die Einkommensdiskriminierung der Frauen häufig die Form der ungleichen Zugangschancen zu Arbeitsplätzen annimmt. Denn es ist insbesondere die ungleiche Verteilung der Arbeitsplätze auf männliche und weibliche Arbeitskräfte, die zu den deutlichen Einkommensgefällen beiträgt.

Leider liefert die Beschäftigungsstatistik noch keine detaillierten branchenbezogenen Angaben. Allerdings lassen die verfügbaren Daten zu den Durchschnittsentgelten begründet vermuten, daß die niedrig verdienenden Personen, insbesondere in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe, Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, Einzelhandel, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Reinigung, Gesundheitswesen erwerbstätig sind[9]). Erwerbstätige Frauen sind besonders häufig in teilzeitigen Arbeitsverhältnissen anzutreffen. Etwa 93 vH der rund 3 Mill.[10]) Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Vermutlich gibt es noch eine beträchtliche Dunkelziffer von geringfügig Beschäftigten (unterhalb von 440 DM Monatseinkommen). Die Einkommenssituation der teilzeitig erwerbstätigen Frauen ist – mit Ausnahme im öffentlichen Dienst, z. B. bei Lehrerinnen – auch *relativ* ungünstiger als jene von Vollzeiterwerbstätigen. Das läßt sich daran ersehen, daß teilzeitbeschäftigte Frauen zweieinhalbmal so häufig wie vollzeitbeschäftigte Frauen in einfachen Dienstleistungsberufen und annähernd doppelt so häufig in einfachen kaufmännischen und einfachen Verwaltungsberufen beschäftigt sind[11]).

Tabelle 13

Sparquote Privater Haushalte

Jahr	Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens				
	Privathaushalte insgesamt	Selbständigenhaushalte	Arbeitnehmerhaushalte	Arbeitslosenhaushalte	Rentner- u. Pensionärshaushalte
1975	14,5	26,3	12,6	3,6	10,5
1980	11,8	25,0	10,0	– 5,2	7,0
1981	12,4	26,3	10,5	– 4,8	7,2
1982	11,8	26,3	9,5	– 6,2	6,9
1983	9,9	22,9	8,0	– 6,9	5,3
1984	10,5	25,5	7,9	– 9,0	5,1
1985	10,4	25,9	7,8	– 11,1	4,4
1986	11,2	26,9	8,8	– 11,9	4,7

Quelle: DIW-Wochenbericht, 54. Jg., 39/87, Berlin 1987.

[9]) Vgl. *Becker, B.*, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Beschäftigungsdauer und Bruttoarbeitsentgelt, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 5, 1987, Tabelle 5. – Vgl. auch *Welzmüller, R.*, Niedrige Arbeitseinkommen als lohn- und verteilungspolitisches Problem, WSI-Arbeitsmaterial Nr. 14, Düsseldorf 1987.

[10]) Vgl. *Kohler, H., Reyher, L.*, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen in der BRD 1960 – 1986. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 123, Nürnberg 1988, S. 61.

[11]) Vgl. *Büchtemann, Ch., Schupp, J.*, Zur Sozio-Ökonomie der Teilzeitbeschäftigung in der BRD. WZB, discussion paper II M/LDM 86–95, Berlin 1986, S. 23. – Vgl. auch *Welzmüller, R.*, Niedrige Arbeitseinkommen als lohn- und verteilungspolitisches Problem, a.a.O.

Tabelle 14

Anteil der Leistungsempfänger an der Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen

Jahr	Registrierte Arbeitslose (Jahresdurchschnitt) Tsd.	Leistungsempfänger		
		Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe	Gesamt
		Anteil in vH		
1980	889	51,1	13,7	64,8
1981	1 272	54,5	13,3	68,1
1982	1 833	50,5	15,9	66,4
1983	2 258	44,9	21,5	66,4
1984	2 266	37,9	26,4	64,3
1985	2 304	36,3	26,8	63,1
1986	2 228	35,9	27,0	62,9
1987	2 229	37,4	25,9	63,3

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg. Berechnungen des WSI.

Unterschiede zwischen den Branchen wachsen . . .

Das WSI hat kürzlich auf die beträchtlichen *tariflichen* Lohn- und Gehaltsunterschiede aufmerksam gemacht[12]); die Analyse der effektiven Arbeitseinkommensstrukturen zeigt, daß sich der Prozeß der Ausweitung der Einkommensunterschiede zwischen den Branchen fortgesetzt hat. Dies trifft auf Arbeiter und Angestellte im gleichen Maße zu, wie die statistischen Werte der Tabelle 11 zeigen. Vereinfacht lassen sich die Zahlen wie folgt interpretieren: Der wachsende Variationskoeffizient gibt an, daß sich die Bandbreite der Einkommensskala ausgeweitet hat. Während beispielsweise 1976 der durchschnittliche Bruttostundenverdienst eines männlichen Arbeiters des Bekleidungsgewerbes rund 70 vH des Stundenlohnes des Mineralölarbeiters betrug, belief er sich 1987 auf rund 65 vH; die weiblichen Angestellten im Einzelhandel kamen 1976 auf etwa 65 vH des durchschnittlichen Monatsgehalts einer weiblichen Angestellten der Chemieindustrie; 1987 waren es noch knapp 62 vH. Diese Beispiele sollen die in der verdichteten statistischen Kennziffer „Variationskoeffizient" sich widerspiegelnden realen Prozesse veranschaulichen.

3. Einkommen der aus der Erwerbsarbeit ausgegrenzten Personen

3.1 Kaufkraft der Arbeitslosenhaushalte um über 20 Prozent gefallen

Arbeitslosenhaushalte hatten 1980 ein verfügbares Einkommen von 1 621 DM – das waren 48 vH des entsprechenden Einkommens aller Arbeitnehmerhaushalte; 1986 bezog ein Arbeitslosenhaushalt mit 1 567 DM schon nominell weniger als 1980; real gerechnet verlor dieser Haushalt rund 22 vH seiner Kaufkraft des Jahres 1980 (vgl. Tabelle 12). Mittlerweile beläuft sich das Einkommen eines Arbeitslosenhaushalts auf nur noch rund 39 vH des durchschnittlichen Haushaltseinkommens aller Arbeitnehmerhaushalte. Gegenüber den Selbständigen ist der Abstand noch deutlicher. Arbeitslosenhaushalte erhalten nur knapp 15 vH des monatlichen Durchschnittseinkommens von Selbständigenhaushalten.

Tabelle 15

Arbeitslosengeld und -hilfe
– Monatsdurchschnitt in DM –

Jahr	Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe
1980	886	577
1981	948	767
1982	975	793
1983	959	801
1984	937	800
1985	951	801
1986	980	816
1987	1 023	833

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Vor dem Hintergrund dieser Einkommenslage ist es nicht verwunderlich, daß Arbeitslosenhaushalte massiv an ihre Ersparnisse gehen – so sie welche haben. Denn rund 33 vH der Arbeitslosenhaushalte sind verschuldet[13]). Rund 12 vH der laufenden Haushaltseinkommen müssen von Arbeitslosen aus der Ersparnis oder aus Schulden „entnommen" werden, um den aktuellen Konsum finanzieren zu können (vgl. Tabelle 13). Bei den erwerbstätigen Arbeitnehmern hat sich 1986 die Sparquote wieder leicht erhöht; sie liegt aber immer noch deutlich – um rund 4 Prozentpunkte – unter dem Stand von 1975. Selbständigenhaushalte lassen rund 27 vH in die Ersparnisse, u. a. in die Geldvermögensbildung, fließen.

Von den rund 2,230 Mill. registrierten Arbeitslosen des Jahres 1987 (bei etwa 1,3 Millionen nicht registrierten, aber Arbeit suchenden Personen, der sogenannten „Stillen Reserve") erhielten rund 63 vH Leistungen in Form von Arbeitslosengeld (37,4 vH) bzw. Arbeitslosenhilfe (25,9 vH) (vgl. Tabelle 14). Über ein Drittel aller registrierten Arbeitslosen geht also leer aus. Dieser Anteil ist in den vergangenen Jahren in etwa stabil geblieben. Die Leistungsverbesserungen – oder genauer gesagt: die teilweise Rücknahme früherer Kürzungsmaßnahmen – seit 1985 haben vermutlich den weiteren Rückgang der Zahl der Leistungsbezieher gebremst. Auch das durchschnittlich pro jeweiligen Leistungsempfänger bezahlte Arbeitslosengeld stieg 1987 um gut 4 vH, die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe um 2 vH (vgl. Tabelle 15). Allerdings mischen sich in dieser Zahl verschiedene Struktureinflüsse, wie etwa Verschiebungen im Anteil von Besser- und Schlechterverdienenden, von Personen mit oder ohne Kinder (hier gelten differenzierte Unterstützungssätze), von Frauen und Männer etc.

Einen differenzierteren Einblick in die Struktur der Leistungsempfänger gibt die Tabelle 16, die die Aufteilung auf einzelne Einkommensgruppen widerspiegelt: Von den rund 1,1 Millionen Arbeitslosengeldempfängern (darunter knapp 450 000 Frauen) im Monat Februar 1988 hatten etwa 32 vH Kinder und folglich Anspruch auf den Leistungsbemessungssatz von 68 vH – mehr als zwei Drittel der Personen hatte aber nur Anspruch auf 63 vH ihres vorherigen (bereinigten) Nettoeinkommens. Der weit überwiegende Teil der Frauen bezog ein durchschnittliches Arbeitslosengeld von unter 800 DM. Nahezu *zwei Drittel* all jener Frauen, die Anspruch auf 68 vH ihres vorherigen Nettoeinkommens geltend machen konnten, bezogen 800 DM und weniger – bei jenen, die 63 vH beanspruchen konnten, waren es knapp 60 vH, die unter diese Leistungsgeldgruppe fiel. Bei den Männern hingegen weisen die Arbeitslosengeldgruppen von 800 DM und mehr die stärkste Besetzung auf: Rund ein Drittel jener, die Anspruch auf 68 vH haben, erhalten zwischen 1 100 und 1 300 DM; ein weiteres Drittel zwischen 1 300 und 1 800 DM und knapp 10 vH bezogen 1 800 DM und mehr. In dieser unterschiedlichen Ausstattung mit Arbeitslosengeld spiegelt sich die sehr unterschiedliche Arbeitseinkommensposition der betroffenen Gruppen. Die Einkommensdiskriminierung der Frauen verlängert sich gewissermaßen automatisch in die Sozialversicherung hinein.

Tabelle 16

Arbeitslosengeldempfänger
– Geschichtet nach Einkommensgruppen –
(Februar 1988)

Arbeitslosengeld – monatlich – DM	Männer mit Anspruch auf 63 vH[1])	Männer mit Anspruch auf 68 vH[2])	Frauen mit Anspruch auf 63 vh[1])	Frauen mit Anspruch auf 68 vH[2])
0 – 400	2,1	0,1	9,8	11,3
400 – 500	3,5	0,2	11,9	11,1
500 – 600	2,2	0,4	9,9	16,0
600 – 700	2,8	0,6	14,3	12,4
700 – 800	3,9	1,3	12,2	13,8
800 – 900	11,5	3,4	13,4	11,7
900 – 1 000	16,5	5,2	10,9	6,3
1 000 – 1 100	21,8	9,7	7,4	6,2
1 100 – 1 200	11,6	19,6	3,8	4,3
1 200 – 1 300	8,5	14,8	2,2	2,2
1 300 – 1 400	4,1	18,6	1,6	1,9
1 400 – 1 500	3,2	6,2	1,1	0,8
1 500 – 1 600	2,0	4,0	0,6	0,7
1 600 – 1 700	1,2	3,6	0,3	0,4
1 700 – 1 800	1,2	2,7	0,2	0,3
1 800 – 1 900	0,9	1,5	0,2	0,2
1 900 und mehr	3,0	8,1	·	0,3

1) Unterstützungssatz für diese Personen (ohne Kinder) beträgt 63 vH des vorherigen (bereinigten) Nettoeinkommens. – 2) Unterstützungssatz für diese Personen (mit Kinder) beträgt 68 vH des vorherigen (bereinigten) Nettoeinkommens.
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. Unveröffentlichtes Material. Berechnungen des WSI.

3.2 Zahl der Sozialhilfeempfänger kräftig gestiegen

3 020 Mill. Personen erhielten 1986 Leistungen der Sozialhilfe – 7,5 vH mehr als im Jahre 1985 (vgl. Tabelle 17). Davon sind rund 1,3 Mill. Männer und 1,7 Mill. Frauen. In der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger sind etwa 1,2 Mill. Empfänger von „Hilfe in besonderen Lebenslagen" (insbesondere Pflege, Krankenhilfe), 2,2 Mill. Empfänger von „Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt" – rund 400 000 Personen erhielten beide Hilfeleistungen. Jene, die „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt" empfangen, sind also hinsichtlich der finanziellen Absicherung ihrer Lebensumstände völlig auf die Sozialhilfe angewiesen. Bedenkt man, daß nur rund die Hälfte aller Leistungsberechtigten tatsächlich die Hilfe zum Lebensunterhalt beantragen[14]), so läßt sich begründet vermuten, daß etwa 4,5 Mill. Personen in der BRD (das sind etwa 7 vH der Wohnbevölkerung) auf bzw. unter einem Einkommensniveau leben, das zum Bezug von Sozialhilfe berechtigt. Der Sozialhilferegelsatz beträgt im Bundesdurchschnitt 403 DM (für Alleinstehende bzw. die Haushalts-Bezugsperson), hinzu kommen die Miete (ohne Energiekosten, die bereits im „Regelsatz" enthalten sind) und eventuelle Mehrbedarfsleistungen. Derzeit wird auf der Ebene der Sozialminister und Sozialsenatoren wieder einmal über die Reform eines Regelsatz-Bemessungssystems verhandelt. Vorgesehen ist, das bisherige System der Ermittlung des „notwendigen Bedarfs" über den sogenannten „Warenkorb" durch ein neues Verfahren zu ersetzen. Grundlage für den Sozialhilfesatz sollen die statistisch ermittelten durchschnittlichen Konsumausgaben unterer Einkommensbezieher werden. Damit ist die Gefahr verbunden, im Spiralprozeß die Summe dessen, was „notwendiger Bedarf" ist, nach unten zu drücken: Der Tatbestand, daß niedrige Einkommensbezieher sich gezwungenermaßen auf minimale Konsummuster zurückziehen, wird gewissermaßen normativ gewendet und zum Maßstab genommen für das, was existentiell nötig ist. Damit schreibt man eine Konsumstruktur fest, die sehr wohl mit qualitativer und quantitativer Unterversorgung verbunden sein kann[15]). Unabhängig von diesem Problem der neuen Bemessungsgrundlage führt die Finanzbelastung der Kommunen dazu, daß die kommunalen Spitzenverbände die dringend erforderliche Erhöhung

Tabelle 17

Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug

Jahr	Zahl der Sozialhilfeempfänger (Einzelpersonen)	davon: Empfänger von lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen)	davon: Arbeitsplatzverlust als Hauptursache des Sozialhilfebezugs	Empfänger von lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt mit angerechneten Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung[1])
	Tsd.	Tsd.	vH	vH
1980	2 144	1 322	9,8	9,2
1982	2 320	1 560	16,4	12,5
1983	2 437	1 726	19,3	14,3
1984	2 570	1 838	22,6	16,7
1985	2 808	2 059	25,0	17,8
1986	3 020	2 239	32,8	18,1

1) Bezugsbasis sind hier die Haushalte mit angerechnetem Einkommen inner- und außerhalb von Einrichtungen.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, März 1988, Sozialhilfestatistik, Arbeitsunterlage.

[12]) Vgl. *Kurz-Scherf, I./WSI-Tarifarchiv,* Tarifrunde 1987: Bilanz der Tarifbewegungen, in: WSI-Mitteilungen 3/1988, S. 133 ff.

[13]) Vgl. *Welzmüller, R.,* Daten zur Verteilung der Geldvermögen, in: WSI-Mitteilungen 12/1986, S. 185, Tabelle 2

[14]) *Hartmann, H.,* Sozialhilfebedürftigkeit und „Dunkelziffer der Armut". Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 98, Stuttgart 1981, S. 76. – Scham, Unkenntnis und die Befürchtung, die eigenen Kinder könnten zur Zahlung herangezogen werden, sind die wichtigsten Ursachen für dieses Verhalten. Bezüglich der letztgenannten Ursache gibt es eine nachahmenswerte Entscheidung des Berliner Sozialsenators: Bei älteren Personen, insbesondere Rentner/innen, die Sozialhilfe beantragen, werden künftig die Einkommen der Kinder nicht mehr herangezogen.

[15]) Vgl. dazu auch den offenen Brief der Arbeitsgruppe „Armut und Unterversorgung", Frankfurt 1988 (erhältlich beim Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Am Stockborn 5–7, Frankfurt 50).

der Sozialhilfesätze blockieren. Der politische Vorstoß Niedersachsens, die Finanzlasten der Sozialhilfe zwischen Bund, Länder und Kommunen neu aufzuteilen, kann vielleicht zur Lockerung dieser Blockadepolitik beitragen.

Arbeitslosigkeit ist zur Hauptursache für die Beantragung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt geworden. Rund ein Drittel aller Empfänger dieser Leistung geben an, daß sie wegen Arbeitslosigkeit in diese Situation gerieten (vgl. Tabelle 17). Ehepaare mit Kindern bzw. alleinerziehende Frauen und auch Männer sind besonders stark vertreten. Von etwa 15 vH der Empfänger wird als Grund „Ausfall des Ernährers" genannt – das sind meist Haushalte alleinerziehender Frauen. Hier vermischen sich arbeitsmarktliche Gründe mit den traditionellen Rollenzuweisungen, die dazu beitragen, daß Frauen nicht erwerbstätig waren und der „Ausfall" des Partners folglich zu Sozialhilfeabhängigkeit führt.

Tschernobyl – Minimierung des Krebsriskos oder volkswirtschaftliche Optimierung?

Von Mario Schmidt*)

1. Einleitung

Als vor zwei Jahren die Bundesrepublik Deutschland von dem radioaktiven Niederschlag des sowjetischen Reaktorunfalls betroffen war, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über die gesundheitliche Bedeutung dieser Strahlenbelastung und über den Sinn verschiedener Gegenmaßnahmen. Am spektakulärsten dürfte dabei die Kontroverse über einen Grenzwert für das Radionuklid Jod-131 in Milch gewesen sein, die sich zwischen der bundesdeutschen Strahlenschutzkommission (SSK) und der hessischen Landesregierung ergab.

Heute – mit dem gebührenden zeitlichen Abstand und einer Vielzahl von Meßdaten – sollte die Auseinandersetzung von 1986 vor dem Hintergrund neuer EG-Grenzwerte für verstrahlte Lebensmittel und unter der drohenden Gefahr eines neuen nuklearen Unfalls in Europa erneut aufgegriffen werden.

2. Grenzwerte nach dem radioaktiven Niederschlag

Am 2. 5. 1986 sprach die von der Bundesregierung eingesetzte Strahlenschutzkommission ihre erste Tschernobyl-Empfehlung aus: „Die bisher aufgetretenen Aktivitätskonzentrationen lassen keine akuten gesundheitlichen Schäden bei den Einwohnern der Bundesrepublik Deutschland befürchten. Die mit dieser kurzzeitigen Strahlenexposition verknüpfte mögliche Gesundheitsgefährdung durch Strahlenschäden ist klein im Verhältnis zu derjenigen durch die natürliche Strahlenexposition. Aus Gründen der Vorsorge sollte dennoch jede mit einfachen Mitteln vermeidbare Strahlenexposition durch geeignete und praktikabel Maßnahmen vermieden werden"[1]). Gleichzeitig empfahl die SSK für Frischmilch einen Grenzwert von 500 Becquerel des radioaktiven Jod-131 pro Liter.

Dieser Milchgrenzwert wurde zwei Tage später von der SSK damit begründet, daß ein Kleinkind bei einwöchigem Verzehr von jeweils einem Liter Milch pro Tag mit genau dieser Jod-131-Belastung eine Schilddrüsen-Strahlendosis von 30 Milli-Sievert (3 rem) erhalten würde[2]). Eine Schilddrüsendosis von 30 Milli-Sievert wurde von der SSK als „annehmbar" angesehen. Es wurde ausgeführt, daß dieser Wert zwischen dem Grenzwert der Strahlenschutzverordnung für die Bevölkerung in der Umgebung von kerntechnischen Anlagen von 0,9 Milli-Sievert (90 Milli-rem) einerseits und dem Planungsrichtwert für Störfälle von 150 Milli-Sievert (15 rem) andererseits liegt. Der gewählte Wert wurde von der SSK als angemessener Kompromiß beider nicht unmittelbar anwendbaren Rechtsvorschriften angesehen.

Hessen rückte dagegen als erstes Bundesland von diesen Empfehlungen ab. Zwar ging auch die damalige hessische Landesregierung davon aus, daß eine akute Gefährdung „im Sinne von unmittelbar lebens- und gesundheitsbedrohend" nicht vorläge; jedoch konzentrierte sie sich auf die weitestgehende Herabsetzung des Risikos der sogenannten Spätschäden, insbesondere der strahlenbedingten Krebsfälle[3]). Dies führte zu der Festsetzung von eigenen hessischen Grenzwerten; der für Jod-131 in Milch betrug 20 Becquerel pro Liter und lag damit um das 50fache niedriger als der SSK-Wert (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1
Übersicht über die nach dem Reaktorunfall festgelegten Grenzwerte und Empfehlungen in Hessen, von der Strahlenschutzkommission und von der Europäischen Gemeinschaft

Lebensmittel	bis 31. 5. '86 Hessen I-131	Hessen Cs-137	SSK I-131	SSK Cs-137	ab 1. 6. '86 EG Cs-134/137
Milch und Milcherzeugnisse (Bq/1)	20	–	500	–	370 (einschl. Kindernahr.)
Frisches Blattgemüse (Bq/kg)	250	100	250	100	600 (übrige Lebensm.)
Fleisch (Bq/kg)	200	100	–	–	

Diese weit auseinander klaffenden Empfehlungen sind letztendlich auf eine unterschiedliche Auslegung des sogenannten Minimierungsgebotes im Strahlenschutz zurückzuführen. Orientierte sich die SSK eher an „praktikablen" und „einfachen" Maßnahmen, die einer modernen Volkswirtschaft zumutbar erschienen, folgten die abweichenden Landesregierungen – nach Hessen auch Hamburg, Bremen und das Saarland – eher dem Gebot der grundsätzlichen Minimierung der Strahlendosis und damit der Spätschäden, also auch des Krebsrisikos.

3. Dosisminimierung – naturwissenschaftlich geboten

Der Grundsatz, künstliche Strahlenbelastungen so weit wie möglich zu minimieren, ist im Strahlenschutz seit Jahrzehnten bekannt, wenngleich er mit dem Wachstum der Atomindustrie immer häufiger unter Beschuß geriet und teilweise verwässert wurde. So empfiehlt die Internationale Strahlenschutzkommission (ICRP) heute: „Alle Strahlenexpositionen müssen so niedrig gehalten werden, wie es unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und sozialer Faktoren vernünftigerweise erreichbar ist."[4]).

Was die ICRP dabei unter *wirtschaftlich vernünftig* versteht, führte sie wenige Jahre später im einzelnen aus: sie empfahl die Anwendung von Kosten-Nutzen-Analysen zur Beurteilung von Strahlenschutzmaßnahmen, also gleichsam eine geldliche Aufrechnung der Kosten einer bestimmten Maßnahme (Einbau einer Filteranlage, Beschaffung von unbelasteten Lebensmitteln usw.) gegen die volkswirtschaftlichen Kosten von Krebsfällen[5]). Der monetäre Schaden eines durch Strahlen verursachten tödlichen Krebsfalles wurde von der ICRP mit Werten zwischen 100 000 $ und 2,5 Mill. $ veranschlagt[6]).

Diese wirtschaftlichen Einschränkungen lassen sich naturwissenschaftlich nicht begründen. Hier gilt, daß auch geringste Strahlendosen zu einem von Null verschiedenen Risiko für Spätschäden – und hierzu zählen hauptsächlich Krebserkrankungen und genetische Schäden – führen können. Zwar kann man verschiedene *akute* Strahlenerkrankungen erst ab einer bestimmten und verhältnismäßig hohen Strahlenbelastung beobachten. Die sogenannten stochastischen Strahlenspätschäden (z. B. Krebserkrankungen) kennen jedoch keinen Schwellenwert, unterhalb dem eine Dosis als ungefährlich einzustufen wäre.

Auch bei niedrigen Strahlenbelastungen, so wie sie z. B. nach Tschernobyl in Mitteleuropa auftraten, kann nicht mehr ausgeschlossen werden, daß dies nach einer teilweise mehrere Jahrzehnte dauernden Latenzzeit zum Ausbruch von Krebserkrankungen führt. Ein eindeutiger nachweisbarer Zusammenhang zwischen der konkreten Erkrankung und der möglichen Ursache wird damit jedoch unmöglich. Es läßt sich nicht mehr vorhersagen, wer und wann aufgrund einer früheren Strahlenbelastung an Krebs erkranken wird. Nur für große Bevölkerungsgruppen können teilweise statistische Aussagen gemacht werden, z. B. wenn die Anzahl bestimmter Krebserkrankungen stark zunimmt. Die Annahme, daß auch geringste Strahlendosen – statistisch gesehen – noch zu Erkrankungen führen können, ist im übrigen keine Besonderheit von radioaktiver Strahlung. Auch im Bereich von krebserregenden Umweltgiften geht man nach wie vor davon aus, daß es im wesentlichen keine experimentell bestimmbaren Schwellenwerte für ein Nullrisiko gibt[7]). Dieser Grundsatz führt schließlich dazu, daß es in der Luftreinhaltung keine „Maximalen Arbeitsplatz-Konzentrationen" (MAK-Werte) von der Deutschen Forschungsgemeinschaft bzw. keine Immissionsgrenzwerte in der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) für Luftschadstoffe (z. B. Benzol) gibt, da ein Vortäuschen von

Gliederung

1. Einleitung
2. Grenzwerte nach dem radioaktiven Niederschlag
3. Dosisminimierung – naturwissenschaftlich geboten
4. Becquerel-Management oder Nulldiät?
5. Das Problem der externen Bodenstrahlung
6. Die Grenzen der Dosisminimierung nach einem Unfall
7. Das Krebsrisiko nach Tschernobyl
8. Schlußfolgerungen

*) Dipl.-Physiker und wissenschaftl. Mitarbeiter am IFEU-Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg.

[1]) *Strahlenschutzkommission,* 1. Empfehlung der Strahlenschutzkommission zu den möglichen Auswirkungen des Reaktorunfalls in Tschernobyl (UdSSR) in der Bundesrepublik Deutschland, verabschiedet in der 66. Sitzung der SSK am 2. 5. 1986.

[2]) *Bundesminister des Inneren,* Reaktorunfall in der UdSSR: Stellungnahme zur Kontamination von Lebensmitteln, Mitteilungen des Bundesministers des Inneren vom 4. 5. 1986, verfaßt in Abstimmung mit Mitgliedern der Strahlenschutzkommission.

[3]) *Der hessische Sozialminister,* Die Folgen von Tschernobyl, Wiesbaden, September 1986.

[4]) *Internationale Strahlenschutzkommission,* Empfehlungen der Internationalen Strahlenschutzkommission Veröffentlichungen der ICRP, Heft 26, Stuttgart, 1978.

[5]) *International Commission of Radiation Protection,* Cost-Benefit-Analysis in the Optimization of Radiation Protection, ICRP-Publication 37/1983.

[6]) Siehe hierzu auch: *Schmidt, M.,* Das Strahlenrisiko von Tschernobyl, Drei Studien des Heidelberger IFEU-Instituts zu den bisherigen und zukünftigen Auswirkungen des Reaktorunfalls, IFEU-Bericht Nr. 49, Heidelberg, 1987.

[7]) *Habs, H., Habs, M.,* Aspekte der Krebsentstehung, in: Umweltbundesamt, Beurteilung des Risikos kleiner Dosen von krebserzeugenden Stoffen für den Menschen, Bericht 2/1983, Berlin.